

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Anja Humburg & Wilfried Bommert **3** Unter falscher Flagge? – Entwicklungspolitik der “New Alliance for Food Security and Nutrition”
- Justina Fischer **11** Positive Auswirkungen des Zustroms von Flüchtlingen für Deutschland
- Roland Geitmann † **19** Geld und Rüstung – Vom Zusammenhang zwischen Geldsystem, Wirtschaftskrisen und Rüstung
- Miles Kimball **25** Negativzinspolitik als konventionelle Geldpolitik
- Johann Walter **38** Durch Negativzinsen zu Wachstum oder zu stationärem und sozialem Wirtschaften?
- Helmut Woll **45** Ivan Illichs sozialphilosophische Kritik an der modernen Industriegesellschaft
- Ulrich Kriese **53** Die Bodensteuer – Politische Debatte und Perspektive
- 57** Berichte – Bücher
- 78** Welt aus den Fugen? - Tagungen des Seminars für freiheitliche Ordnung
- 80** 58. Mündener Gespräche in Wuppertal

Unter falscher Flagge? – Entwicklungspolitik der „New Alliance for Food Security and Nutrition“

Warum das Bündnis zwischen G8-Regierungen und Konzernen
Afrikas Kleinbauern kein Glück bringen kann *

Anja Humburg und Wilfried Bommert

1 Bündnis der Ungleichen

Gegründet wurde die „New Alliance for Food Security and Nutrition“ 2012 in der Folge der Welternährungskrise, die 2007/2008 mit explodierenden Lebensmittelpreisen die Zahl der Hungernden weltweit über die Ein-Milliarden-Grenze hochschnellen ließ. Die Dringlichkeit der Lage forderte eine umfassendere und wirkungsvollere Strategie gegen den Hunger als bisher und vor allem wesentlich höhere Investitionen in die Landwirtschaft, denn die waren in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt worden. Im Mai 2012 schlossen sich die führenden Industriestaaten der Welt mit den führenden multinationalen Konzernen und einer ausgewählten Gruppe von 10 afrikanischen Staaten zu einer bis dato nicht gekannten Partnerschaft zusammen, zur „New Alliance for Food Security and Nutrition“. Zu den Teilhabern der Alliance gehören die großen Player der Weltagrar- und Chemieindustrie sowie der Lebensmittelwirtschaft, unter ihnen Cargill, Dupont, Danone, Monsanto, Nestle, Swiss Re, Syngenta, Unilever und Yara.

Dieses neuartige Bündnis für Entwicklung lässt aufmerken und wirft Fragen auf. Auf der einen

Seite stehen die Regierungen der G8 mit ihren Entwicklungsprogrammen, die seit langem versuchen, die Armut in Afrika zu bekämpfen; auf der anderen Seite die Weltkonzerne, die seit langem ihre Geschäfte vor allem mit der industriellen Landwirtschaft machen, und zwischen beiden stehen die 10 afrikanischen Staaten, die sich bereit erklärten, dem Entwicklungskonzept der „New Alliance“ zu folgen. Was bringt die Ungleichen zusammen? Welche Gründe bewegen die Weltkonzerne zu ihrem plötzlichen Engagement für Afrika? Was bringt die Regierungen dazu, ein derartiges Bündnis einzugehen? Und welche Aussicht auf Erfolg hat diese neuartige politisch-ökonomische Koalition?

Die Hintergründe dieser „New Alliance for Food Security and Nutrition“ blieben bisher weitgehend im Dunkeln. Undurchsichtig sind die Folgen ihrer Entwicklungsstrategie für die große Mehrheit der afrikanischen Bäuerinnen und Bauern, für die ländlichen Arbeitsplätze und Einkommen und für die Sicherheit der Ernährung. Ungeklärt ist die demokratische Legitimation und Kontrolle dieses politisch-ökonomischen Konstrukts ebenso wie die Übereinstimmung mit den aktuellen Leitlinien der bundesdeutschen Entwicklungspolitik. Als zweifelhaft erweist sich der Erfolg dieser Strategie im Kampf gegen Hunger und Armut und auch ihr Beitrag zu Wohlstand und sozialer Sicherheit für die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung in den afrikanischen Ländern steht zur Debatte. Zu befürchten ist das Gegenteil: verstärkte Verelendung von Kleinbauern, Landflucht und ein Anstieg der Flüchtlingsströme aus den betroffenen Ländern.

* Gekürzte Fassung eines im Auftrag des Instituts für Welternährung – World Food Institute e.V., Berlin, von Anja Humburg und Wilfried Bommert verfassten Dossiers „Unter falscher Flagge? – Entwicklungspolitik der New Alliance for Food Security and Nutrition“. Nähere Informationen über dieses Institut gibt es auf der Website <http://www.institut-fuer-welternaehrung.org/>

Die vorliegende Untersuchung will Licht in dieses Dunkel bringen und damit einen Beitrag zur Transparenz leisten. Sie will den öffentlichen Diskurs fördern und eine Revision der Bündnispolitik zwischen der Bundesregierung und der „New Alliance for Food Security and Nutrition“ ermöglichen.

2 Ausgangslage: Peak Profit – Neue Märkte

Wir stellen nicht in Zweifel, dass auch Weltkonzerne ein Interesse haben, den Hunger in Afrika wirksam zu bekämpfen. Aber als Wirtschaftsunternehmen ist das nur eines ihrer Ziele. Ein Blick in die Umsatz- und Gewinnprognosen offenbart handfeste ökonomische Beweggründe für ihr Engagement in der „New Alliance for Food Security and Nutrition“.

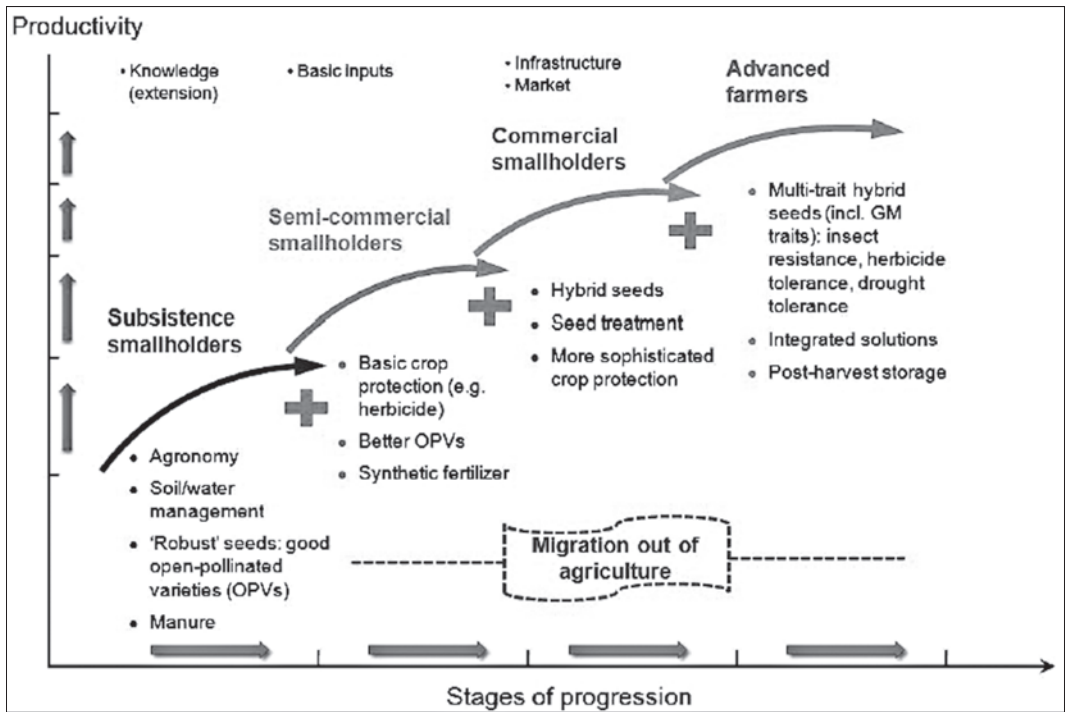
Zur Jahrtausendwende ließen die Zahlen keinen Zweifel mehr: Die international tätige Agrar- und Chemieindustrie musste feststellen, dass ihre Märkte in den westlichen Industrieländern nach mehr als fünf Jahrzehnten ungebremsten Wachstums gesättigt waren. Die jährlichen Wachstumsraten drohten zu schrumpfen. Die Stagnation der Profite, die zunächst noch durch technische Innovationen kompensiert werden konnte, war „spätestens zur Jahrtausendwende zur unumstößlichen Gewissheit“¹ geworden. Um einen „peak profit“ abzuwenden, begann daher die Suche nach neuen Märkten. Afrika, das lange als „The hopeless continent“ galt, geriet in den Fokus der Analysten und der Global Player. Die entdeckten ein Marktpotential in den afrikanischen Staaten, das bislang kaum Beachtung erfahren hatte. Es ist die Landwirtschaft des Kontinents und damit das „Rückgrat der afrikanischen Wirtschaft“.² Die Existenz von 530 Millionen Afrikanern, der Hälfte der afrikanischen Bevölkerung, basiert nach Berechnungen von Oxfam bis heute auf landwirtschaftlichen Einkünften. Landwirtschaft trägt zur Hälfte zum Bruttoinlandsprodukt der Sub-Sahara bei. Doch 80 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe erreichen nicht einmal die Größe von zwei Hektar (der Durchschnitt in Deutschland liegt über 60 Hektar). Damit spielt die kleinbäuerliche Land-

wirtschaft die entscheidende Rolle in Afrika.³ Sie rückt in den Focus der „New Alliance“. Es geht um einen enormen Markt, der in Wert gesetzt werden soll. Bis 2030 verspricht er auf einen Umsatz von einer Billion Dollar zu wachsen.⁴

Afrika erhält den Status einer strategischen Wachstumsregion. Eine Erkenntnis, die auch in den Strategiepapieren der Konzerne wiederzufinden ist, wie bei Syngenta. Der Konzern zielt in seinem Afrikakonzept auf die Kleinbauern. Über sie soll Wachstum entstehen und dadurch weitere Investitionen aus dem privaten Sektor mobilisiert werden. Der Wachstumspfad führt über die Produktpalette des Unternehmens. Es geht um die Transformation der afrikanischen Landwirtschaft von der Subsistenz oder Eigenversorgung hin zu einer kommerziellen Landwirtschaft.⁵

3 Strategie: Von der bäuerlichen zur kommerziellen Landwirtschaft

Insgesamt soll durch die „New Alliance“ bis 2022 für rund 50 Millionen Menschen, Bäuerinnen und Bauern, die sich bislang in Subsistenzwirtschaft selbst versorgen, der Weg in eine neue Wirtschaftsform frei gemacht werden, die, so das Versprechen, Armut und Unterentwicklung überwinden wird. Der Weg dorthin führt über „verbessertes“ Saatgut, künstlichen Dünger und Chemikalien. Aber auch über Arbeitsverträge und die Vergabe von Landrechten soll es gelingen, den Wohlstand zu steigern. Das Entwicklungskonzept für die afrikanische Landwirtschaft basiert auf dem der Kommerzialisierung und Industrialisierung, das schon in Amerika und Europa umgesetzt worden war. Ihm zu Grunde liegt die Idee einer Entwicklungsstufenleiter, an deren unterem Ende die Kleinbauern stehen, die kommerzialisierte Landwirtschaft ganz oben. Sie gilt als Endziel und höchste Stufe der Entwicklung (siehe Abbildung 1).⁶ Und sie ist nur zu erreichen, wenn die erprobten Rezepte der Industrienationen zum Einsatz kommen können: Hybrid- und/oder gentechnisch verändertes Saatgut, künstlicher Dünger und Pestizide. Dass dieses Modell nur funktioniert, wenn ein erheblicher Teil der Kleinbauern ihre Existenzen aufgeben, ist Teil der Strategie. Wie groß dieser Aderlass



Additive stages of agricultural intensification

Abbildung 1: Entwicklungshilfe nach dem Modell der Agrarindustrie

unter den Kleinbauern sein wird, zeigen die Erfahrungen aus Deutschland, wo Mechanisierung und Chemisierung der Landwirtschaft 80 Prozent der Kleinbauern zur Aufgabe ihrer Existenz zwangen. Übertragen auf Afrika würde das bedeuten, dass 400 Millionen Kleinlandbauern und Bäuerinnen ihre Höfe aufgeben müssten.

Kritiker sprechen von einer neuen Form des kapitalistischen Kolonialismus: Afrikapitalismus. Nach dem ursprünglichen Konzept des Afrikapitalismus sollte die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas von Akteuren des Kontinents selbst ausgehen.⁷ Im Konzept der „New Alliance“ sind es jedoch weitgehend externe Akteure, die ihr neoliberales Verständnis des Weltmarktkapitalismus auf Afrika übertragen und die Regierungen veranlassen, Saatgut-, Land- und Steuergesetze im Interesse privater und hier vor allem ausländischer Investoren zu ändern.

Bis 2006 fehlte für diese neue Strategie einer kapitalistischen Agrarentwicklung in Afrika der

entscheidende Schub, doch das änderte sich in den Jahren 2007/2008.

4 Welternährungskrise: Das Versagen der großen Gipfeltreffen

2007 und 2008 erlebte die Welt, was bis dahin politisch als undenkbar galt: die Krise der Welternährung. Die Preise für Lebensmittel stiegen innerhalb kurzer Zeit, für Reis um 300, für Weizen um 200 Prozent. Diese Preisexplosion trieb weltweit rund 150 Millionen Menschen zusätzlich in die Armut und erhöhte die Zahl der Hungernden auf über eine Milliarde. Damit verstärkte sich die politische Dringlichkeit für eine Politik, die die Zahl der Hungernden wirkungsvoll senken und weltweit mehr Ernährungssicherheit garantieren kann. Die Krise suchte vor allem die afrikanischen Staaten heim und verstärkte weltweit das allgemeine Bewusstsein für die Notwendigkeit, die Kleinbauern dort zu för-

dern, um das Angebot auf den afrikanischen Märkten zu erhöhen.⁸ Mit der Krise entstand für die Regierungen des Nordens konkreter Handlungsbedarf. Beim Gipfeltreffen in L'Aquila im Jahr 2009 sollten konkrete politische Aktionen beschlossen werden. Doch die blieben aus.

Spätestens nach dem Gipfel von L'Aquila war klar, dass die G8 nicht in der Lage waren, der Krise Herr zu werden. Ihre Investitionen in die Landwirtschaft, die sie nach der Welternährungskrise verstärkten, erzielten nicht die versprochenen Erfolge. In der Deklaration von Camp David gestanden die G8-Staaten ihre Unzulänglichkeit ein. Sie bekannten, dass ihre Hilfe allein die gemeinsamen Ziele nicht erreichen kann.⁹

Mit diesem Bekenntnis war der Weg geebnet zu einer großen Koalition mit der Wirtschaft, insbesondere mit den international tätigen Konzernen. Für die Konzerne war klar, dass ihr Engagement anderen Richtlinien folgen sollte als das der Regierungen. Sie wollten kein wirtschaftlich ineffektives Programm, wie es vielen Regierungsprogrammen nachgesagt wurde, sondern die Basis legen für echte Geschäfte, bei denen es vor allem um Hybridsaatgut geht. Es geht darum, erfolgreiche Partnerschaften zwischen Regierungen und der Privatwirtschaft zu begründen, es geht um Public-Private-Partnerships.

5 Public-Private-Partnerships

Um einen erfolgreichen Kampf gegen Hunger und Armut führen zu können, empfehlen auch andere Beratungsunternehmer den Zusammenschluss zwischen Regierungen, Wirtschaft und Großspendern.¹⁰ Schließlich setzte sich diese Argumentation auch auf dem politischen Parkett durch. Im Juni 2010 betonte der G20-Gipfel in Toronto die Dringlichkeit, mit der Forschung und Entwicklung vorangetrieben werden müsse, um die Produktivitätslücken Afrikas zu schließen. Der Gipfel legte klar, dass der private Sektor dabei eine entscheidende Rolle spielen muss, wenn es um innovative Lösungen und konkrete Ergebnisse vor Ort geht.

Bekräftigt wurde der Nutzen strategischer Bündnisse zwischen Regierungen und Unternehmen auch von weiteren Studien. Beispielsweise

plädierte der „German Marshall Fund in the United States“ kurz vor der Konstituierung der „New Alliance“ für „transformative Partnerschaften“ mit dem Ziel, mehr Ernährungssicherheit in Afrika zu schaffen.¹¹

Die „Syngenta Foundation“ bot sich hierfür schon 2010, zwei Jahre vor der Gründung der „New Alliance“, als Mittler und Förderer an. In großem Stil angelegt konnten die neuen Bündnisse neue politisch-ökonomische Machtzentren ausbilden. „Oxfam Deutschland“ spricht von „mega public-private partnerships“, die im Zuge der „New Alliance“ geknüpft werden.¹² Ein Machtzentrum dieser Art begründete der agrarchemische Konzern Syngenta mit den Entwicklungshilfeministerien der USA und Großbritanniens, wie Recherchen des „Guardian“ belegen.¹³

Was in den Jahren vor der Gründung der „New Alliance“ strategisch angelegt wurde, erhielt im Jahr 2012 seine Form in der „New Alliance for Food Security and Nutrition“.

6 Konstituierung: New Alliance for Food Security and Nutrition

Im Mai 2012 verabschiedeten die G8-Staaten unter der Präsidentschaft von Barack Obama in Camp David/USA die Gipfeldeklaration und begründeten damit die „New Alliance for Food Security and Nutrition“. Das Bündnis umfasst die G8-Staaten und die Global Player der Agrar-, Ernährungs- und Chemieindustrie, darunter multinationale Konzerne wie Cargill, Dupont, Danone, Monsanto, Nestle, Swiss Re, Syngenta, Unilever, Yara, etc., sowie eine Auswahl von 10 afrikanischen Staaten, im Einzelnen Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Äthiopien, Ghana, Malawi, Mozambik, Nigeria, Senegal und Tansania. Warum gerade diese zehn Staaten aus den 55 Staaten Afrikas als Bündnispartner ausgesucht wurden, erklärt sich aus ihrer Bereitschaft, ihre Märkte für Investoren zu öffnen und ihre Gesetze so zu verändern, dass der Weg für die multinationalen Konzerne, ihre Produkte und ihr Kapital frei wurden. Außerdem beteiligten sich verschiedene auf dem afrikanischen Kontinent ansässige Unternehmen.

Besondere Bedeutung hat ein günstiges Geschäftsklima, das Sicherheit der Investitionen,

Steuerreformen, Regeln die die Produktion, Verteilung und die Anwendung von „verbessertem“ Saatgut, Kunstdünger und Pestiziden ermöglicht. Schließlich stehen auch die Rechte, die den Zugang zu Land und Wasser zum Schutze der Investoren regeln, ganz oben auf der Liste der geforderten Zusagen.¹⁴ Rechte der Zivilgesellschaft, wie deren Mitwirkung an Entscheidungen, das Recht auf Nahrung, Wasser, Lebensraum und Unversehrtheit, also zentrale Menschenrechte, stehen nicht oder nur auf hinteren Plätzen in den Vereinbarungen.¹⁵

Kontrolliert wird die Alliance durch ein Leadership Council. Es wird als „informal“ bezeichnet. Doch es hat sehr wohl eine feste Zusammensetzung und Leitung. 30 Stakeholder tagen unter der Leitung eines Triumvirates, bestehend aus der Amerikanischen Regierung, dem Weltwirtschaftsforum und der Afrikanischen Union als politische Vereinigung afrikanischer Staaten.

Während die Interessen der Regierungen klar sind, stellt sich die Frage nach denen des Weltwirtschaftsforums. Das ist entgegen dem Anschein keine neutrale öffentlich legitimierte Instanz, sondern eine private Gründung, in der sich wiederum die Weltkonzerne engagieren, die sich offiziell auch als Stakeholder in der „New Alliance“ beteiligen.¹⁶ Das Leadership Council besitzt zwar keine direkte Entscheidungsgewalt. Doch es kontrolliert, ob und wie die Zusagen der Partner eingehalten werden, und nimmt damit eine zentrale Machtposition ein.

Die „New Alliance“ lässt sich nicht mit den Maßstäben bisher bekannter politischer Institutionen messen. Sie ist weniger eine Institution als eine Klammer zwischen den Regierungen der G8, den afrikanischen Staaten und bereits bestehenden Organisationen wie dem Weltwirtschaftsforum, Initiativen wie „Grow Africa Partnership“, die aus ihm hervorging, sowie die „Alliance for a Green Revolution in Africa“ (AGRA), die sich für den agroindustriellen Weg entschieden hat. Auch die Initiative „Scaling Up Nutrition (SUN)“, die mit Nahrungsergänzungstoffen und marktorientierten Lösungen die Ernährung verbessern will, und schließlich „Doing Business in Agriculture“ (DBA), ein Konzept der Weltbank, mit dem nach industriellen Indikatoren landwirtschaftlicher

Fortschritt gemessen werden soll, gehören zu den Akteuren der „New Alliance“. Die Allianz führt die jeweiligen Absichten der Bündnispartner zu einem politischen Gesamtkonzept unter der Führung der Agrarindustrie zusammen.

Die „New Alliance“ zeugt damit von einer neuen Dimension unternehmerischer Entwicklungshilfe, sowohl finanziell als auch auf der Verhandlungsebene. Es geht vor allem um politischen Einfluss, wie der UN-Berichtersteller für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, betont.¹⁷ Der Einfluss der „New Alliance“ lässt sich dabei nicht allein auf ihre Finanzkraft und die strategischen Bündnispartner zurückführen. Mitentscheidend ist ihre Rhetorik gegenüber der Öffentlichkeit.

Die „New Alliance“ nutzt für ihre Kommunikation mit der Öffentlichkeit eine Rhetorik, die sich eng an die Sprache der zivilgesellschaftlichen Hilfsorganisationen anlehnt. Dabei kommt eine klassische Marketingstrategie zum Tragen, bei der Begriffe aus der Kommunikation der zivilgesellschaftlichen Entwicklungsdiskussion besetzt, neu interpretiert und in neue Zusammenhänge gesetzt werden. Die „New Alliance“ versucht damit, ein konsistentes und positives Bild ihrer Aktivitäten für die mediale Öffentlichkeit aufzubauen.¹⁸ Warum sich die Regierungen der G8 und besonders die Bundesregierung dieser Rhetorik der Alternativlosigkeit anschließt, wird am Schluss zu besprechen sein.

8 Umsetzung

Die „Neue Allianz“ setzt ihr Vorhaben mit großem Tempo um.¹⁹ Binnen weniger Monate änderten die Regierungen der kooperierenden afrikanischen Länder ihre Gesetze und ergriffen Maßnahmen, die den Konzernen einen schnellen Zugang zu den Märkten Afrikas ermöglichen. Die Fortschrittsberichte der „New Alliance“ selbst, aber auch eine detaillierte Recherche des „Guardian“²⁰ zeugen davon, mit welcher Geschwindigkeit die „New Alliance“ in den afrikanischen Ländern neue Märkte erschließt: 213 Verträge inklusive Veränderungen von Gesetzen und Regeln in 24 Monaten.²¹

Doch die Investitionen der „Neuen Allianz“ laufen nicht auf eine florierende kleinbäuerliche



Quelle: <https://new-alliance.org/resources> (Kopie vom 10.05.2015)

Wirtschaft und die Steigerung der Selbstversorgung hinaus, sondern auf eine Industrialisierung der afrikanischen Landwirtschaft. Die Rhetorik mag anderes behaupten, die Bilder sprechen für sich, wie dieses, das die „New Alliance“ selbst in ihre Internetpräsentation eingestellt hat.

So ergaben die Recherchen des „Guardian“, dass die afrikanischen Partner, wie Äthiopien, Malawi und Ghana, bereits großflächige Privatisierung von Land für kommerzielle Farmen beschlossen und ihre Gesetze entsprechend angepasst haben. Von Kleinbauern ist in diesem Zusammenhang nicht mehr die Rede.²²

Eine Analyse der Investitionspläne legt offen, dass es sich dabei überwiegend um Baumwolle, Bioenergie und Gummi, also um Produkte für den Export und nicht für die Selbstversorgung der jeweiligen Bevölkerung handelt.

9 Fundamentale Fragen

Das Vorgehen und die absehbaren Folgen der „New Alliance“ werfen grundsätzliche Fragen auf. Zum einen nach der Legitimität dieses politisch-ökonomischen Konglomerats, zum anderen nach der Transparenz ihres Tuns, nach der Übereinstimmung (Kohärenz) mit den entwicklungspolitischen Zielen der Bundesregierung und schließlich nach der Tauglichkeit ihres Konzepts im Kampf gegen Hunger und Armut bei den afrikanischen Kleinbauern.

9.1 Legitimität der „New Alliance“?

Bei der „New Alliance“ handelt es sich um ein Verschmelzen von ökonomischen und politischen Machtzentren mit dem Ziel, das politische Aktionsfeld der Entwicklungspolitik im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft für Afrika nach eigenen Regeln und mit eigenen Zielen zu gestalten und sich der Kontrolle der Parlamente ebenso zu entziehen wie der Gerichte.

Der wundeste Punkt der „New Alliance“ ist ihr Verhältnis zu den Menschenrechten. Die Verträge, die die Alliance und die beteiligten Konzerne mit den afrikanischen Staaten schließen, unterliegen keiner menschenrechtlichen Prüfung oder Kontrolle und gewähren kaum eine Beteiligung von Zivilgesellschaft oder Bauernorganisationen, weder aus den Industrie- noch aus den Zielländern.²³

9.2 Transparenz der „New Alliance“?

Auch bei der Transparenz bleibt die „New Alliance“ weit hinter internationalen Standards zurück. Das beginnt schon bei ihrer Konstruktion. Wer bestimmt über die Frage der Mitgliedschaft? Wer entscheidet über den Inhalt der Verabredungen zwischen der Wirtschaft und den Regierungen? Wem gegenüber ist die Alliance verantwortlich? Wer kontrolliert ihre Projekte und ihr Geschäftsgebaren?

Nach einer Untersuchung des „Forums Umwelt und Entwicklung“ scheint diese Frage selbst innerhalb der Alliance ungeklärt. „Bislang sind die Unternehmen nicht verpflichtet, über die Entwicklungen ihrer Investitionen zu berichten, und es gibt auch kein unabhängiges Monitoring-system.“²⁴ Die Bundesregierung selbst erklärt auf die Kleine Anfrage der GRÜNEN 2014: „Von deutscher Seite wurden bislang Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung nicht evaluiert.“²⁵

9.3 Kohärenz mit der deutschen Entwicklungspolitik?

Stimmen Ziele und Agenda der „New Alliance“, die 2012 beschlossen wurden, heute noch überein mit den Zielen der deutschen Entwicklungspolitik 2016? Wenn man nur die Sprache betrachtet, so könnte man annehmen, dass es keine Widersprüche gibt. In den Inhalten jedoch zeigt sich die Differenz. Während die Bundesregierung²⁶ und die deutsche Zivilgesellschaft agro-ökologischen Methoden Priorität einräumen, geht der Weg der „New Alliance“ von Beginn an in Richtung Gentechnik und Agrochemie, also der High-Input-Methoden, wie sie die Agrarwirtschaft der Industrieländer kennt, mit allen ökologischen, ökonomischen und humanitären Kollateralschäden. Die „AG Landwirtschaft und Ernährung“ des „Forums Umwelt und Entwicklung“, in der maßgebliche deutsche Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen sind, beklagt, dass durch die „New Alliance“ menschenrechtliche Grundprinzipien verletzt werden, und fordert: „Das BMZ muss die eigene Strategie, Menschenrechte als ‘Leitprinzip der deutschen Entwicklungspolitik’ zu verankern, umsetzen: In der Konsequenz heißt das, sich aus der New Alliance zurückzuziehen und die Politik an den Interessen und Potenzialen der KleinbauerInnen auszurichten.“²⁷

Schließlich stellt sich die Frage nach der Tauglichkeit des Konzeptes der „New Alliance“ im Kampf gegen Armut und Hunger in Afrika.

10 Tauglichkeit des Konzepts im Kampf gegen Hunger und Armut

Kann der agroindustrielle Weg, wie ihn die „New Alliance“ für Afrika verfolgt, Hunger und Armut besiegen? Die Frage wird von den Protagonisten dieses Weges erst gar nicht gestellt, da das Modell der industrialisierten Landwirtschaft zum Credo der Industrienationen gehört, auch wenn die Kollateralschäden an Boden, Wassermangel und -qualität, Artenvielfalt und Klima nicht mehr zu übersehen sind. Und sein Bedarf an Energie, Wasser, Saatgut, Maschinen, Kapital und Wissen wird einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft, so wie wir sie in Afrika vorfinden, nicht gerecht.

Welche Folgen die Industrialisierung der Landwirtschaft hat, lässt sich an der Entwicklung in den Industrieländern ablesen. Sie erhöhte zwar die Produktivität und verringerte die Kosten, führte aber dazu, dass viele der Kleinbauern die notwendigen Mittel für Investitionen in Saatgut, Agrarchemie, künstlichen Dünger und Maschinen nicht aufbringen konnten und ihre Höfe aufgeben mussten. Dieses Prinzip des Wachsens oder Weichens hat in Deutschland Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft gekostet. Nur ein Sechstel der Arbeitsplätze (rd. 1 Million), die 1950 noch Lohn und Brot für rund sieben Millionen Menschen gaben, sind übrig geblieben. Mehr als 5 Millionen Bauern und Landarbeiter (80 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte) mussten sich andere Einkommensquellen suchen.²⁸ Dies aber geschah vor einem wirtschaftlichen Hintergrund, der sich von dem der afrikanischen Staaten grundsätzlich unterscheidet. Im Gegensatz zu Afrika herrschte in Deutschland Arbeitskräftemangel durch das deutsche Wirtschaftswunder. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft war durchaus gewollt und notwendig, um den Bedarf an Arbeitskräften in der Industrie zu stillen. Genau aber hierin liegt der Unterschied zu den Ländern Afrikas. Hier fehlt der boomende industrielle Sektor, der die weichen Kleinbauern einstellen und ernähren könnte. Darüber hinaus sind die meisten Bauern Bäuerinnen, die es viel schwerer haben dürften einen Arbeitsplatz zu finden, der sich mit ihrer

Familienrolle verträgt. Der Verlust der landwirtschaftlichen Existenz führt im afrikanischen Kontext zum Totalverlust der Existenz und damit zu Armut und Hunger. Wenn der Strukturwandel in Afrika nach dem gleichen Muster wie in Deutschland ablaufen würde, wären davon rund 400 Millionen Kleinbauern betroffen.

Hinzu kommt, dass die Zusagen, die natürlichen Ressourcen der afrikanischen Länder, wie Boden, Wasser und Artenvielfalt zu schützen, vom industriellen System nach den Erfahrungen in Europa und Amerika nicht eingehalten werden können. Ebenso bleibt das Versprechen, Frauen im Besonderen zu fördern, angesichts der Folgen einer Industrialisierung der Landwirtschaft hohl. Das Gegenteil ist vermutlich der Fall; da die kleinbäuerliche Struktur in Afrika vor allem von Frauen getragen wird, würden sie zu den ersten gehören, die ihre Existenz im sogenannten Strukturwandel verlieren.

Unter diesen Vorzeichen kann Afrika von der „New Alliance“ kaum Fortschritte im Kampf gegen Hunger und Armut erwarten. Die Lage der 10 Staaten, die sich zu Partnern der „New Alliance“ gemacht haben, könnte sich beim Umsetzen der „New-Alliance“-Konzepte dramatisch verschlechtern. Die „New Alliance for Food Security and Nutrition“, die 2012 von den G8-Staaten unter der Präsidentschaft von Barack Obama in Camp David/USA gegründet wurde, gehört 2016 auf den gesellschaftlichen und politischen Prüfstand.

Anmerkungen

- 1 Zeitler, Gerd (2014): Bretton Woods System, URL: <http://gerdzeitler.wordpress.com/bretton-woods-system-deutsch/> (letzter Zugriff am 10.9.2014).
- 2 Oxfam Deutschland (2014): Moral Hazard: Mega public-private partnerships in African agriculture, Briefing Paper, URL: <http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/bp188-public-private-partnerships-agriculture-africa-010914-en.pdf> (letzter Zugriff am 22.9.2014).
- 3 Oxfam Deutschland (2014).
- 4 New Alliance for Food Security and Nutrition (2014): FAQ, URL: <http://new-alliance.org/faq#Where%20can%20I%20find%20more%20information?> (letzter Zugriff 26.9.2014).
- 5 Mack, Mike (2012): Syngenta to expand presence in Africa: contributing to the transformation of agriculture, Pressemitteilung vom 18.5.2012, Basel, URL: <http://www.syngenta.com/global/corporate/en/news-center/news-releases/Pages/120518.aspx> (letzter Zugriff am 22.9.2014).
- 6 Zhou, Yuan (2010): Smallholder Agriculture, Sustainability and the Syngenta Foundation, URL: <http://www.syngentafoundation.org> (letzter Zugriff 26.9.2014)
- 7 The Guardian, June 26, 2013: 'Africapitalism' promises new model of African self-empowerment.
- 8 TNI Agrarian Justice Programm (2014): The New Alliance for Food Security and Nutrition: a coup for corporate capital?, Seite 3, URL: http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/the_new_alliance.pdf (letzter Zugriff 17.12.2014).
- 9 G8 (2012): Camp David Declaration, URL: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2012/05/19/camp-david-declaration> (letzter Zugriff am 23.9.2014).
- 10 Albani, Marco/Henderson, Kimberly (2014): Creating partnerships for sustainability, URL: http://www.mckinsey.com/insights/sustainability/creating_partnerships_for_sustainability (letzter Zugriff 23.9.2014).
- 11 The German Marshall Fund in the United States (2012): Transformational Partnerships in Food Security in Africa, URL: <http://www.gmfus.org/archives/transformational-partnerships-innovative-approaches-to-addressing-food-security-in-africa/> (letzter Zugriff 23.9.2014).
- 12 Oxfam Deutschland (2014).
- 13 Provost/Ford/Tran (2014).
- 14 New Alliance for Food Security and Nutrition (2014): Commitments, URL: <https://new-alliance.org/commitments> (letzter Zugriff 2.4.2015).
- 15 Misereor, Brot für die Welt, Global Policy Forum, Corporate influence through the G8 New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa, Aachen 2014, S. 15 ff.
- 16 World Economic Forum (2015): Industry Partner Groups. URL: <http://www.weforum.org/industry-partner-groups> (letzter Zugriff 2.4.2015).
- 17 Provost/Ford/Tran (2014).
- 18 Visuelle PR (2009): Die Frage aller Fragen: Was macht eine PR-Agentur, URL: <http://www.visuellepr.de/2009/12/11/was-macht-eine-pr-agentur/#sthash.m5t0u2n4.dpuf> (letzter Zugriff 3.12.2014).
- 19 Weltbank (2009): Awakening Africa's Sleeping Giant, URL: <http://elibrary.worldbank.org/doi/book/10.1596/978-0-8213-7941-7> (letzter Zugriff 26.9.2014).
- 20 Provost, Claire/Harris, Rich/Dzimwasha, Taku (2014): G8 and the fight for the future of African farming, URL: <http://www.theguardian.com/global-development/interactive/2014/feb/18/g8-fight-future-african-farming-interactive> (letzter Zugriff 26.9.2014).
- 21 New Alliance (2015): Commitments, URL: <https://new-alliance.org/commitments> (letzter Zugriff 2.4.2015).
- 22 Provost/Ford/Tran (2014).
- 23 Ebenda S. 19.
- 24 Hrsq. Forum Umwelt & Entwicklung, Entwicklungspolitik goes Agrarindustrie – Eine kritische Analyse von Initiativen zur Förderung des internationalen Agribusiness im Landwirtschafts- und Ernährungsbereich, Berlin 2014, S. 20.
- 25 Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode, Drucksache 17/12137. S. 11.
- 26 Konzept zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft als Beitrag zur Ernährungssicherung, Entwurf 2014.
- 27 Forum Umwelt und Entwicklung (2013): URL: http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Landwirtschaft_Ernaehrung/Message_G8-Initiative_New_Alliance_16012013.pdf (letzter Zugriff 2.4.2015).
- 28 <http://www.agrilexikon.de/index.php?id=arbeitskraefte>